

Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 55 - Plenarwoche 12. - 16. Februar 2007

**Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED**



EVP-ED

I. Allgemeine Informationen

Der im Januar zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählte niedersächsische EVP-Abgeordnete Prof. Hans-Gert Pöttering hat am Dienstag seine Antrittsrede vor dem Plenum gehalten. Er stellte darin sein Arbeitsprogramm und die darin gesetzten Schwerpunkte vor. Er betonte, dass Europa eine Erneuerung seiner Grundsätze und Werte sowie einen Aufbruch für eine bessere und stärkere Zukunft brauche. Oberstes Ziel sei die nachhaltige Vorbereitung der Zukunft, um nach menschlichem Ermessen die größte mögliche Sicherheit für unsere Kinder und Enkelkinder zu schaffen. Aber auch bisher erreichtes wie die Überwindung der Teilung Europas und die erfolgreiche Ost-Erweiterung wurden vom Präsidenten gewürdigt.

In Anwesenheit vieler ehemaliger Parlamentspräsidenten, unter Ihnen auch die Deutschen Egon Klepsch und Klaus Hänsch, und Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel skizzierte Prof. Pöttering sein ambitioniertes Programm, das sowohl moralische Aspekte, als auch konkrete außenpolitische Linien in sich vereint. Dabei sei die Guantanamo-Frage genauso relevant wie die Abschaffung der Todesstrafe, die Anerkennung des Existenzrechts Israels und das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat sowie die Unterstützung sämtlicher friedlicher Kämpfer für Freiheit und Demokratie. Themen wie Klimawandel, Energieversorgung, Zuwanderung und Globalisierung verlangten nach einer europäischen Lösung. Der Präsident appellierte darüber hinaus an die Medien, ihren "Beitrag für eine europäische Öffentlichkeit" zu leisten. Aber auch die Glaubwürdigkeit der Union gegenüber ihren Bürgern müsse gestärkt werden, beispielsweise durch anhaltende Bemühungen im Rahmen einer besseren Rechtsetzung und des Bürokratieabbaus. Er regte außerdem an, eine Auszeichnung für "vorbildliche Europäerinnen und Europäer" sowie ein "Haus der europäischen Geschichte" einzurichten. Wesentlicher Bestandteil Europas müsse außerdem weiterhin der Dialog der Kulturen sein, damit Toleranz und Wahrheit weiter das Fundament der Europäischen Union bilden.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. EP verabschiedet Abfallrahmenrichtlinie

Schätzungen zufolge könnten 2020 45% mehr Abfälle erzeugt werden als 1995. Momentan sind die Abfallmengen stetig steigend, Abfallvermeidung und -recycling hingegen noch erheblich ausbaufähig. Das EP forderte daher in der ersten Lesung, das Abfallaufkommen bis 2012 zu stabilisieren und bis 2020 wesentlich zu senken. Grundlage der Abfallpolitik soll die Abfallhierarchie sein, ein Konzept, das die Abfallvermeidung als Ausgangspunkt nimmt und danach die jeweils umweltfreundlichste Lösung anstrebt (Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertungsverfahren, unbedenkliche und umweltschonende Beseitigung). Spätestens 18 Monate

nach Inkrafttreten der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten Programme zur Vermeidung von Abfällen festlegen. Weitere Aspekte sind die Ausarbeitung einer Produkt-Ökodesign-Politik seitens der Kommission, Stärkung der Herstellerverantwortung, Rückverfolgbarkeit und Überwachung von gefährlichen Abfällen, die Behandlung von Abfällen in der "am nächsten gelegenen geeigneten Anlage" effiziente Ressourcennutzung sowie die Sammlung und Verwendung von Bioabfällen.

2. Gemeinsame Agrarpolitik: Umschichtung der Direktzahlungen erneut abgelehnt

Das Parlament hat in der zweiten Lesung abermals den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Ausgabenstruktur mit großer Mehrheit abgelehnt. Wie in der ersten Lesung folgte das Plenum der Linie des federführenden Landwirtschaftsausschusses, der den Vorschlag als Versuch einer "Umschichtung der Mittel durch die Hintertür" kritisiert. Der Vorschlag sah vor, dass Mitgliedstaaten die marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlungen in der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) um bis zu 20% kürzen und die dadurch frei gewordenen Beträge für ländliche Entwicklungsprogramme einsetzen können. Der Landwirtschaftsausschuss argumentierte, der Vorschlag gefährde die Existenz vieler kleiner Betriebe, führe zu Wettbewerbsverzerrungen, renationalisiere die GAP, missachte die Ziele der Gemeinschaft im ländlichen Raum und verletze die Beteiligungsrechte des EPs. Im Zuge des Verfahrens der Konsultation wird nun voraussichtlich ein Kompromiss zwischen Kommission und Rat unter Berücksichtigung der Standpunkte der Ausschüsse für Landwirtschaft und Haushalt ausgehandelt werden.

3. Grenzüberschreitende Stimmrechte von Aktionären

Laut Kommission werden rund ein Drittel aller Börsennotierten Aktien von so genannten Gebietsfremden gehalten, also von Aktionären, deren Wohnsitz nicht im gleichen Land ist wie der Firmensitz des entsprechenden Unternehmens. Das Parlament stimmte nun einem Richtlinienvorschlag der Kommission zu, wonach es zukünftig auf europäischer Ebene Minimalstandards bezüglich der Organisation von Hauptversammlungen und der Ausübung des Stimmrechts geben wird. Die Ausübung der Stimmrechte wird somit erheblich vereinfacht werden. Im Mittelpunkt des erzielten Kompromisses stehen das Fragerecht und die Stimmrechtsvertretung (proxy voting), letzteres ist ein Kernelement der grenzüberschreitenden Ausübung. Fragen der Anteilseigner müssen nach der neuen Regelung in direktem Zusammenhang zu Tagesordnungspunkten der Hauptversammlung stehen. Die Kommission wird außerdem aufgefordert, für mehr Transparenz in den Beziehungen zwischen Unternehmen, Aktionären, Stimmrechtsvertretern und Investoren zu sorgen.

III. Weitere Themen waren

- Änderung der Durchführungsbestimmungen der EU-Haushaltsordnung
- Abschlussbericht des Sonderausschusses zur CIA
- Gemeinsame Weinmarktordnung
- Frauenrechte als notwendige Bedingung für Beitritt der Türkei
- Haushaltszuschüsse für Entwicklungsländer
- Klimaschutzbericht

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
